

Bündnisvertrag

2016-2020



Gemeinsam für unsere Stadt

Schwarz-Grün wagen

SCHWARZ-GRÜN als strategisches Bündnis, um die Herausforderungen der Zukunft aktiv zu bewerkstelligen

Liebe Münsteranerinnen und Münsteraner, die Stadt Münster steht als wachsende Stadt vor großen Herausforderungen. Die Prognosen gehen von einem Anstieg der Einwohnerinnen und Einwohner um 10 Prozent auf 330.000 bis zum Jahr 2030 aus.

Die Ratsfraktionen von CDU Münster und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/GAL Münster haben sich darauf verständigt, die Chancen dieses Wachstums für die Stadtgesellschaft zu nutzen und Münster entsprechend weiter zu entwickeln. Es gilt dabei, die Identität der Stadt zu bewahren und das prognostizierte Wachstum möglichst sozial und ökologisch verträglich sowie nachhaltig zu gestalten.

Das ermittelte Wachstum hat unmittelbare Auswirkungen auf das vorhandene Gefüge in der Stadt und in den einzelnen Stadtteilen bzw. Quartieren. Direkt betroffen sind der Wohnungsmarkt, die Kita- und Schulplanung, der Arbeitsmarkt, der Handel, der Dienstleistungssektor, die Grünflächenplanung und vieles mehr. Größte Herausforderung ist, die vielfältigen Auswirkungen nicht einzeln, sondern in ihrem ganzheitlichen Zusammenhang in den Blick zu nehmen. Das SCHWARZ-GRÜNE Bündnis will den initiierten Zukunftsprozess sowie den begonnenen Prozess der Nachhaltigkeitsstrategie nutzen, um die langfristigen Ziele gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu reflektieren und kontinuierlich weiter zu entwickeln. Dabei kommt der Kultur sowohl in ihrer gestalterischen Kraft wie auch als kritischer und unterstützender Motor eine wichtige Rolle zu.

Das SCHWARZ-GRÜNE Bündnis macht sich dafür stark, die aktuellen Herausforderungen aktiv und innovativ zu gestalten und stellt damit die Weichen für eine prosperierende Stadt.

1. Wachsende Stadt – wachsender Wohnbedarf

Um dem wachsenden Bedarf an Wohnraum Rechnung zu tragen, wollen wir mittelfristig ein großes und urbanes Wohnquartier für mehrere tausend Menschen entwickeln.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist die wichtigste Herausforderung im Planungsbereich. Wir halten an dem Ziel fest, jährlich mindestens 2.000 Wohneinheiten bis 2020 zu schaffen. Neben dem quantitativen Ziel sind uns qualitative Ziele bei der Entwicklung von bestehenden und neuen Quartieren wichtig. Hierzu gehören beispielsweise der notwendige Ausbau des sozialgerechten Wohnungsbaus, gute Fahrradverbindungen, ÖPNV-Erschließung, Unterstützung von genossenschafts- bzw. gemeinschaftsorientierten Wohnformen, Förderung von ambulanten Wohn- und Pflegearrangements im vertrauten Umfeld etc. Hierzu gehören auch das betreute Wohnen und das selbständige Leben mit Assistenz. Durch einen

ausgewogenen Mix aus bezahlbaren Wohnungen und Wohnen im Eigenheim wollen wir erreichen, dass jede/jeder in Münster bezahlbar wohnen kann.

2. Wachsender Kitabedarf

Die Kindertagesbetreuung wird bis 2020 bedarfsgerecht in guter Qualität ausgebaut. Die Versorgung mit Plätzen soll wohnortnah sichergestellt werden. Die Überbelegung in den Gruppen wird abgebaut. Hier werden die Grundlagen für gelingende Bildungsbiografien gelegt.

3. Bildung für Alle – Schulentwicklung bedarfsgerecht

Zu einer zukunftsfähigen Stadt gehört auch ein leistungsfähiges, differenziertes Schulsystem mit entsprechender Infrastruktur. Wir werden sicherstellen, dass alle Münsteranerinnen und Münsteraner die gleichen Chancen zur Bildung haben. Wir werden die Elternwünsche aufgreifen und die Schulformen weiter entwickeln.

Um den baulichen Zustand der Schulen endlich zu verbessern, werden wir die finanziellen Mittel für die Bauunterhaltung von Schulen schrittweise von 0,8 Prozent auf 1,2 Prozent des Gebäudewertes erhöhen. Um den Investitionsstau an Schulen zu beseitigen, werden wir ein priorisiertes Bauprogramm erstellen lassen. Zudem setzt sich das Bündnis von SCHWARZ-GRÜN für eine Qualitätsentwicklung im Bereich Offener Ganztagschule (OGS) ein.

Neben der Verantwortung für die schulische Infrastruktur sehen wir auch eine Verantwortung der Stadtgesellschaft, strukturelle Bildungshemmnisse abzubauen. Die Bildungsstadt Münster hat dazu vielfältige soziale und kulturelle Ressourcen stadtweit und in den Stadtteilen, die im Rahmen ihrer erweiterten Schulträgerschaft genutzt werden können.

4. Willkommenskultur erhalten und eine Anerkennungskultur schaffen

Das SCHWARZ-GRÜNE Bündnis will die Willkommenskultur für die zugezogenen geflüchteten Menschen erhalten und eine Anerkennungskultur mit einer bestmöglichen Unterstützung bei der Integration schaffen. Die dezentrale Unterbringung der zugezogenen geflüchteten Menschen in Münster wird weiterhin favorisiert. Mit der Förderung von Projekten insbesondere im Bereich Sprachförderung und im Bereich des Arbeitsmarktes sowie der Arbeitsvermittlung wollen wir eine bestmögliche Integration ermöglichen, daher sind sämtliche Integrationsmaßnahmen schnellstmöglich anzugehen.

Darüber hinaus wollen wir die vorbildliche Flüchtlingshilfe – nicht zuletzt im ehrenamtlichen Bereich – stärken und so ausrichten, dass alle Münsteranerinnen und Münsteraner die zugezogenen geflüchteten Menschen als Bereicherung ansehen.

5. Gerechtigkeit und Gesundheitsförderung für ALLE

Das SCHWARZ-GRÜNE Bündnis setzt sich für eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ein. Beispielsweise werden wir uns deshalb mit dem Ausbau des Instruments der öffentlich geförderten Beschäftigung dafür einsetzen, dass mehr Langzeitleistungsbeziehende dauerhaft eine berufliche Perspektive erhalten. Es wird versucht, 15 bis 20 Plätze p.a. mehr zu schaffen.

Wir wollen der Ausgrenzung einkommensarmer Bürgerinnen und Bürger und der Armut entgegenwirken. Wir werden hierzu den Münster-Pass erhalten und ausbauen sowie die Handlungsprogramme gegen Kinderarmut, Wohnungslosigkeit und Wohnungsnotfälle sowie gegen Altersarmut, Vereinsamung und soziale Isolation in den Wohnquartieren engagiert wei-

terführen und ausbauen. Die Gesundheitsförderung in prekären Lebenssituationen wollen wir stärken und präventive Angebote weiterentwickeln. Wir wollen, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gesund aufwachsen können.

6. Sportförderung dem wachsenden Bedarf anpassen

Die wachsende Stadt erfordert auch das Wachstum der sportlichen Infrastruktur. Wir werden uns deshalb u.a. für ein neues Bäderkonzept stark machen, das bis 2020 ein neues Südbad und ein neues Bad für Handorf beinhaltet.

7. Wirtschaft fördern – Arbeitsplätze schaffen – Energiewende einleiten

Wir werden die Ansiedlung von Unternehmen aus den Branchen der "Green Industry" im Industriegebiet Hessenweg voranbringen, um Arbeitsplätze zu schaffen und die dringend notwendige Energiewende zu beflügeln.

Die Wirtschaft des Oberzentrums Münster soll durch mitwachsende Infrastruktur gestärkt werden.

8. Sicherheit und Verkehr

Wir wünschen, dass die Straßen sicher sind. Deshalb werden wir auf der Grundlage der Ergebnisse eines Gutachtens versuchsweise Tempo 30 km/h in klar begrenzten Bereichen der Innenstadt einführen. Stark belastete Straßen wie beispielsweise die Hammer Straße zwischen Geistmarkt und Ludgeri-Kreisel werden für mehr Sicherheit, Aufenthaltsqualität und weniger Verkehrslärm umgestaltet.

9. Münster auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft

Wir setzen uns ein für ein städtisches Leben, das durch Solidarität, Toleranz und Vielfalt geprägt ist und von allen Einwohnerinnen und Einwohnern aktiv mitgestaltet wird. Wir wollen in den Stadtteilen und Wohnquartieren das Zusammenleben der Generationen fördern. Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete gehören dazu. Wir werden Münster Schritt für Schritt barrierefrei gestalten und die soziale Infrastruktur fördern, damit die Bewohnerinnen und Bewohner bei Pflege- und Unterstützungsbedarf in ihrem gewohnten Quartier wohnen bleiben und selbstbestimmt leben können. Den Aktionsplan „Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ werden wir unter Beteiligung der KIB kontinuierlich sukzessiv bis 2020 weiterentwickeln.

10. Münster multimedial und modern ausrichten

SCHWARZ-GRÜN setzt sich dafür ein, gute Rahmenbedingungen für eine mitwachsende digitale Infrastruktur zu schaffen, um auch an Arbeitsplätzen mitwachsen zu können.

Wir bilden ein Forum "Digitale Zukunft Münster", um eine breite Diskussion über die zukünftigen multimedialen Bedarfe innerhalb der münsterschen Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Ebenso werden wir schnellstmöglich den WLAN-Ausbau an Münsters Schulen, den Ausbau der Breitbandanschlüsse sowie den Freifunk unterstützen.

11. Lebendige Stadtgesellschaft und Ehrenamt

Münster zeichnet sich durch seine lebendige Stadtgesellschaft aus. Dieses vor allem ehrenamtlich ausgeübte Engagement wollen wir sichern und fördern. Durch eine Vielzahl von Maßnahmen (Förderung von Vereinen und freien Trägern, Ehrenamtspass) werden wir die Bereitschaft in der Bürgerschaft unterstützen, Verantwortung zu übernehmen.

12. Haushalt

Wir setzen uns für einen soliden, nachhaltigen und generationsgerechten städtischen Haushalt ein und werden möglichst auf Neuverschuldungen verzichten, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Die Haushaltsentwicklung zeigt jedoch seit Jahren, dass wir große Anstrengungen unternehmen müssen, um künftig einen dauerhaft ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Wir werden die noch vorhandenen Handlungsspielräume nutzen und für das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2020 arbeiten. Wir appellieren jedoch an die Bundes- und Landesebene, den Städten nicht nur Aufgaben zu übertragen, sondern wie zugesagt auch bei den Städten eine auskömmliche Finanzierung sicher zu stellen.

13. Gleichstellung

Wir werden die Gleichstellungsarbeit modernisieren. Wir wollen das professionelle Beratungsnetz für Frauen sichern, von Gewalt betroffene und bedrohte Frauen schützen, das Instrument des „Gender Budgeting“ im Haushalt der Stadt Münster flächendeckend anwenden sowie die gegenwärtig noch hohe Anzahl an Minijobs dauerhaft reduzieren.

14. Kulturlandschaft zukunftsfähig machen

Die Kulturlandschaft in Münster befindet sich im Umbruch. Die Bündnispartner werden daher im Diskurs mit der Stadtgesellschaft die konzeptionelle Weiterentwicklung der einzelnen Kultursparten vorantreiben, um sie den modernen Gegebenheiten anzupassen. Eine wachsende Stadt benötigt auch eine wachsende kulturelle Infrastruktur. Dabei ist uns die bezahlbare kulturelle Teilhabe für alle Menschen wichtig, denn Kunst und Kultur sind wesentlicher Bestandteil einer Stadtgesellschaft und ihrer Entwicklung.

Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für eine vielfältige und lebendige Kulturlandschaft wollen wir die freie Szene stärken.

Stefan Weber
CDU-Fraktionsvorsitzender

Otto Reiners
GAL-Fraktionssprecher

Bündnis-Vereinbarung

1. Münster wächst

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist die wichtigste Herausforderung im Planungsbereich. Grundlage ist das bestehende Baulandprogramm. Wir halten an unserem Ziel fest, mindestens jährlich 2.000 Wohneinheiten bis 2020 zu schaffen.

Innenentwicklung und Nachverdichtung bleiben vorrangige Mittel für die Schaffung von Wohnraum. Dabei werden quartiersbezogene Konzepte in den Vordergrund gestellt. Die Einführung eines passgenauen Förderprogramms für Nachverdichtung in Münster wird geprüft.

Neue Wohnquartiere werden von Beginn an mit allen Beteiligten gemeinsam geplant und entwickelt. Durchmischung des Wohnungsbaus in allen Gebieten, Geschosswohnungsbau, Bauen für junge Familien und Starterhäuser bis Einfamilienhausbau. Wir berücksichtigen bei der Planung auch die Belange von Seniorinnen und Senioren. Die Außenstadtteile benötigen Entwicklungspotenziale zur Sicherung und Verbesserung der Infrastruktur: Nahversorgung, Ärzte, Schulen, Kitas. Vorrang haben dabei Standorte, die in der Nähe von (geplanten) Haltepunkten des ÖPNV liegen.

Baugebiete werden generell im Rahmen von Planungswerkstätten stadtweit zügig entwickelt, um das oben genannte Mengenziel bis 2020 zu erreichen. Bei der Nachnutzung der Manfred-von-Richtshofen-Kaserne soll generationsübergreifendes Wohnen mit guter Nahversorgung entstehen. Als langfristiges Ziel verfolgen wir die Umnutzung des ehemaligen Güterbahnhofes zu einem neuen Stadtquartier.

Um dem wachsenden Bedarf an Wohnraum Rechnung zu tragen, soll geprüft werden, wie mittelfristig ein großes und urbanes Wohnquartier für mehrere tausend Menschen entwickelt werden kann. Gute Fahrradverbindungen, ÖPNV-Erschließung, soziale Infrastruktur, infrastrukturelle Versorgung und Nähe zur Innenstadt sind die Leitlinien für die Standortsuche. Durch städtebauliche Dichte und kompakte Strukturen sollen der Flächenbedarf für dieses Quartier in Grenzen gehalten und eine zu große Inanspruchnahme des Freiraums vermieden werden.

Zur optimalen Entwicklung der Kasernengelände in Gremmendorf und Gievenbeck wird eine Entwicklungsgesellschaft gegründet. Die private Wohnungswirtschaft, Genossenschaften und gemeinschaftsorientierte Wohnungsprojekte/-unternehmen werden eingeladen, sich an der Gesellschaft zu beteiligen.

Um den Bau von preiswerten Wohnungen stärker zu forcieren, werden die Grundsätze der Sozialgerechten Bodennutzung der Stadt Münster künftig auf alle bis zum 31.12.2018 noch nicht abgeschlossenen Planungen angewendet.

Als mögliches Instrument gegen steigende Mieten werden die Ergebnisse des Hearings zur Milieuschutzsatzung ausgewertet und berücksichtigt.

Um eine ganzheitliche Quartiersentwicklung sicher zu stellen, werden wir den Masterplan Quartier fördern und stärken. Hierzu gehören unter anderem verschiedene Wohnformen

und alternative Beteiligungsmodelle (Beispiel Hilstrup-Ost). Ziel ist die Gestaltung und Weiterentwicklung der Wohn- und Pflegeinfrastruktur hin zu kleinen, überschaubaren ambulanten Wohn- und Pflegearrangements im vertrauten Wohnumfeld. Ein Ausbau von Großeinrichtungen soll vermieden werden. Dazu werden die Personalstellen im Masterplan Quartier bis 2020 verlängert.

Die Entwicklung neuer Wohnmodelle (genossenschaftliche / gemeinschaftsorientierte / partizipative Modelle) wollen wir in allen Stadtteilen voranbringen, auch bei den Konversionsflächen. In städtischen Gebäuden, die ihren Nutzungszweck verloren haben, wollen wir zügig diese Beteiligungsformen umsetzen. Dazu scheinen Josefs- und Mauritzschule besonders geeignet zu sein.

Generationsübergreifendes Wohnen wird weiterhin gesichert und erhalten.

Wir werden uns dafür einsetzen, das Angebot an barrierefreien Wohnungen zu verbessern und das Wohnumfeld schrittweise barrierefreier zu gestalten.

Die Ostseite des Hauptbahnhofes wird städtebaulich aufgewertet: Der Bau eines zweiten Fahrradparkhauses wird zügig realisiert und ein ausreichend großer Vorplatz (Kiss&Ride-Zone, Taxen und Fußgänger) gewährleistet. Das Fernbusterminal wird weiterentwickelt.

Die Aufenthaltsqualität auf innerstädtischen und markanten Plätzen in den Stadtteilen wird verbessert. Attraktiver Einzelhandel, städtebauliche Aufwertung und Aufenthaltsqualität für Neukunden und Besucher sind die Eckpunkte für die Neugestaltung.

CDU und Grüne stellen fest, dass Hilstrup eine Stadthalle benötigt. Die Entscheidung zwischen den beiden Varianten Sanierung oder Neubau wird unter wirtschaftlichen Aspekten getroffen.

Das Stadthaus I wird wirtschaftlich und zukunftsgerecht saniert.

2. Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik sicherstellen

Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik bedeutet für uns, dass wir Generationengerechtigkeit für die kommunalen Finanzen einfordern und möglichst auf weitere Neuverschuldung verzichten.

Die Bündnispartner sind sich einig, dass die Bundes- und Landesebene nicht nur Aufgaben auf die Kommunen übertragen können, sondern stets auch deren Finanzierung absichern muss. Bund und Land sind aufgefordert, die Konnexität zu wahren.

Die wesentlichen Handlungsmaximen der Bündnispartner im Rahmen einer ausgewogenen Haushaltspolitik sind Ausgabensenkungen der Stadtverwaltung durch Aufgabenkritik.

Alle Aufgaben müssen auf den Prüfstand. Dazu gehören vor allem die großen Herausforderungen in der Personalentwicklung, bei der internen Verwaltung (Querschnittsaufgaben) und bei den Investitionen. Doppelte Strukturen im Stadtkonzern (z.B. Tiefbau) müssen abgebaut werden, um Synergien zu nutzen. Neue Aufgaben können nur dann wahrgenommen werden, wenn gleichzeitig eine Deckung aus dem Haushalt stattfindet.

Wir wollen Münster in der Balance halten. Bei allen Einzelentscheidungen ist die soziale Ausgewogenheit maßgeblich.

Die Zuschüsse an die freien Träger, die Aufgaben nach dem Subsidiaritätsprinzip wahrnehmen, werden regelmäßig der Kostenentwicklung angepasst.

Bis zum Kalenderjahr 2017 wird geprüft, wie längerfristig weitere finanzielle Belastungen durch den Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) vermieden werden können. Wir erwarten vom FMO ein Konzept, wie der Flughafen wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfest gemacht werden kann.

Die kommunale Daseinsvorsorge ist eine wichtige städtische Aufgabe (Ver- und Entsorgung).

Der Allwetterzoo ist ein Publikumsmagnet für Münster. CDU und Grüne unterstützen den Zoo bei der anstehenden Sanierung und Modernisierung und sehen darin eine Gemeinschaftsaufgabe von Bürgerschaft, Zooverein und Stadt. Dazu zählen die Überprüfung der derzeitigen städtischen Finanzierung und die Überprüfung vertraglicher Verpflichtungen (Pferdemuseum).

Großveranstaltungen mit stadtzentraler Bedeutung, die den Standort Münster stärken und die zu einem Leitthema des Stadt-Images passen (z.B. Fahrrad, Frieden, Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Wissenschaft, Religion), werden durch ein Veranstaltungsbudget unterstützt.

Die Bündnispartner heißen den Katholikentag 2018 willkommen und werden durch einen gemeinsamen Ratsantrag sicherstellen, dass diese überregional strahlende Großveranstaltung im finanziellen Rahmen anderer Großveranstaltungen Münsters durchgeführt werden kann. Ein nennenswerter Spendenbetrag soll öffentlich eingeworben werden.

Die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuern sollen beibehalten werden. Den Bündnispartnern ist bewusst, dass die finanziellen Rahmenbedingungen überwiegend auf Bundes- und Landesebene gesetzt werden. Ziel der Bündnispartner ist, die Handlungsfähigkeit der Stadt zu erhalten.

3. Münsteraner Schulen bedarfsgerecht modernisieren und Bildung für alle ermöglichen

CDU und Grüne richten die Schulentwicklung an dem Elternwillen aus. Wir unterstützen alle bestehenden Schulformen in ihrer Arbeit.

Die Bündnispartner treten für ein differenziertes, wohnortnahes Schulsystem ein.

Der Schülerspezialverkehr bleibt erhalten und wird ggfs. den Bedarfen angepasst.

Wir werden ein priorisiertes Bauprogramm zwecks Abbaus des Investitionsstaus an den Münsteraner Schulen zeitnah beantragen. Wir werden dazu die Mittel für die Bauunterhaltung (Instandhaltung) von Schulen schrittweise von derzeit 0,9 % auf 1,2 % des Gebäudewertes erhöhen. Um die dringend notwendigen Erweiterungen an den Münsteraner Schulen zeitnah zu realisieren, setzen die Bündnispartner auch auf die Holzrahmenbauweise.

Die bestehenden Raumstandards für die Inklusion werden beibehalten.

Wir setzen uns für einen schnellstmöglichen flächendeckenden WLAN-Ausbau an Münsteraner Schulen ein.

Die beiden noch bestehenden Förderschulen in der Trägerschaft der Stadt Münster bleiben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben des Landes bestehen (Erich-Kästner-Schule und die Albert-Schweizer-Schule).

Die Internationale Schule ist für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Münster bedeutend und wird bei ihrer Arbeit von den Bündnispartnern positiv begleitet. Eine Finanzierung durch die Stadt erfolgt nicht. Eine stärkere Internationalisierung von ausgewählten Grundschulen in Münster wird mittelfristig geplant.

Die bestehende Schulsozialarbeit ist für CDU und Grüne ein unverzichtbarer Baustein der Münsteraner Schullandschaft. Die bestehende Unterstützung des Landes soll auch über 2017 fortgesetzt werden, hierfür setzt sich das Bündnis intensiv ein.

Eine endgültige Standortlösung für die VHS wird schnellstmöglich angestrebt.

Die Hochschulen in Münster sind wichtige Kooperationspartner in der Schullandschaft. Die Kooperation soll in den nächsten Jahren intensiviert werden.

Die PTA-Schule soll - möglichst in Zusammenarbeit mit der Apothekerkammer - räumlich verlagert werden. CDU und Grüne werden weitere Gespräche mit der Kammer führen, um die Finanzierungsfrage zu klären.

4. Münsteraner nehmen den Klima- und Umweltschutz ernst

Die Ansiedlung von Unternehmen aus den Branchen der "green-industry" wird Arbeitsplätze schaffen und die Energiewende voranbringen. Als Standort für den Energiepark ist das Industriegebiet Hessenweg vorgesehen. Wegen der Nähe zum Vogelschutzgebiet Rieselfelder sind bei der Planung die Belange des Artenschutzes besonders zu berücksichtigen.

Wir wollen die Wertstofftonne einführen. Gebührenerhöhungen für das Abfallsystem Münsters wollen wir vermeiden.

An den Standards der Stadt für das energetische Bauen wird festgehalten. Sie dürfen aber nicht die Lebenszykluskosten der Gebäude in die Höhe treiben und damit zu einer Barriere für den Wohnungsbau werden. Über die Fortschreibung der Gebäudeleitlinien der Stadt und der Wärmestandards werden wir nach dem öffentlichen Experten-Hearing entscheiden.

CDU und Grüne sind sich darin einig, dass zur schnelleren Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 2020 zusätzliche Mittel eingeworben werden müssen. Dies geschieht beispielsweise durch die Einwerbung von Bürgerkapital (Genossenschaften etc.).

Das Ziel „Stadtwerke bis 2020 atomstromfrei“ wird aufrechterhalten.

Der Ausbau von Windkraftanlagen wird auf der Grundlage der bisher bereits getroffenen Vereinbarungen weitergeführt. Grüne und CDU befürworten beim Betrieb von Windkraftanlagen ein genossenschaftliches Modell.

Die Stadtwerke Münster (SWMS) erhalten durch kommunale Mittel Unterstützung für die stärkere Nutzung der regenerativen Energien. Die Bündnispartner unterstützen die Stadtwerke Münster bei dem Ziel, alle Kunden und Kundinnen der SWMS bis zum Jahr 2020 zu 100 Prozent mit Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung und aus erneuerbaren Quellen zu versorgen. Bei der SWMS sollen neue Geschäftsfelder im Bereich Energieverbrauchs-optimierung erschlossen werden.

Der Ausgleich für planungsbedingte Eingriffe in Natur und Landschaft wird flexibler gestaltet werden. Ausgleichsflächen im Eigentum der Stadt sollen Vorrang haben. An der Bereitschaft zum Ausgleich von Eingriffen wird grundsätzlich festgehalten. Vertragsnaturschutz wird weiterhin gefördert.

Wir werden für geschützte Arten Ausweichquartiere schaffen. Dazu zählen die Kiebitze im Gewerbepark Loddenheide.

Die Grünordnung der Stadt wird neu aufgestellt. Neue Siedlungsflächen sollen ermöglicht, wichtige Freiräume und Frischluftschneisen nicht eingeengt werden.

Zur Aufstellung des Landschaftsplans Davert wird ein kooperatives Verfahren durchgeführt, das die Beteiligung aller Betroffenen und den größtmöglichen Interessenausgleich sicherstellt.

Entlang von Fließgewässern wird bei der Verpachtung von stadteigenen landwirtschaftlichen Flächen die umweltschonende Grünlandnutzung durch verminderte Pachtpreise gefördert.

In Zusammenarbeit mit dem Einzelhandel, den Verbänden und Initiativen wollen wir den Einsatz von Plastiktüten und Verpackungen z.B. to-go-Kaffeebecher reduzieren.

Auch für die familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe wollen wir Entwicklungsperspektiven eröffnen. Bauplanungsrechtlich privilegierte Baumaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe sollen auch in Landschaftsschutzgebieten weiterhin möglich sein.

5. Münsteraner Kinder von Anfang an unterstützen

Die Kindertagesbetreuung wird bis 2020 weiterhin forciert und in guter Qualität ausgebaut. Die Versorgung mit Plätzen soll wohnortnah sichergestellt werden. Die Überbelegung in den Gruppen wird abgebaut.

Zukünftig wird die 35-Stunden-Betreuung nur noch im Block angeboten.

Die Flexibilisierung der Kindertagesbetreuung wird weiterentwickelt, die Randzeitenbetreuung weiter ausgebaut. Insbesondere für Alleinerziehende gibt es entlastende Angebote. Die Trägervielfalt, insbesondere der Elterninitiativen, bleibt erhalten. Es werden regelmäßige Bedarfsabfragen durchgeführt. Sie geben mehr (kleinräumige) Planungssicherheit.

Mit dem Rechtsanspruch im u3 Bereich und der 2. KiBiz-Revision sind weitere Anforderungen an die Tagespflegepersonen wie regelmäßige Elterngespräche und Bildungsdokumentationen hinzugekommen. Die Bündnispartner wollen daher die Vergütung anpassen, soweit die städtischen Finanzen dies erlauben.

Die Bündnispartner setzen sich für eine Qualitätsentwicklung im Bereich Offener Ganztagschule (kurz: OGS) ein. Hierzu gehören u.a. eine Verbesserung der Situation für die Koordinationsstellen, eine vertretbare Gruppengröße, eine ausreichende Ausstattung mit Räumlichkeiten und ein zufriedenstellender Anteil von freien Trägern.

Bei der Sanierung des Stadthauses I wird die Familienfreundlichkeit u.a. mit Spielecken und eigenen Räumlichkeiten/Wickelmöglichkeiten gewährleistet. Die Angebote des Maxi-Turms und des Maxi-Sand werden gesichert.

In den städtischen Bädern soll Familienfreundlichkeit eine stärkere Präferenz bekommen (Erhöhung der Wassertemperatur, Verlängerung der Öffnungszeiten).

Die freien Träger sind Partner der öffentlichen Jugendhilfe. In einer wachsenden Stadt müssen sie mit ihren Angeboten mitwachsen. Planungssicherheit ist wichtig.

Die Präventionskette im Bereich der kind- und jugendbezogenen Armutsprävention wird von der Schwangerschaft/Geburt bis hin zum Übergang Schule/Ausbildung/Beruf mit entsprechenden Konzepten und Maßnahmen flächendeckend bis 2020 ausgebaut. Die Präventionsmaxime soll als stadtstrategisches Ziel in allen Bereichen umgesetzt sein.

Inklusion ist selbstverständlicher Bestandteil der Betreuung und des Alltags von Kindern. Mit Blick auf das Ziel der Inklusion ist es spätestens ab dem Schuljahr 2016/2017 möglich, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gleichermaßen ohne einen hohen zusätzlichen Aufwand für die Eltern (Aufwand der Antragstellung und ggf. höhere finanzielle Eigenbeteiligung als für Eltern von nicht behinderten Kindern) an Ferien- und Freizeitangeboten teilnehmen können. Zwecks Umsetzung der Inklusion ist eine umfassende Barrierefreiheit bei Neubauten, Sanierung etc. erforderlich.

Ein neuer, großer Abenteuerspielplatz soll einen besonderen Anziehungspunkt für Kinder und Familien bilden.

Wir wollen die Kinderrechte in Münster mit Partizipations- und Beteiligungsmöglichkeiten stärken, z.B. durch die Erstellung eines Online Portals für Kinder und Jugendliche sowie der Entwicklung eines differenzierten Partizipationskonzeptes.

6. Münsteraner Willkommenskultur erhalten, weltoffen ausrichten und Integration ermöglichen, Anerkennungskultur schaffen

Die dezentrale Unterbringung bei der Flüchtlingshilfe wird weiter in Münster durchgeführt. Die freien Träger werden, wie bereits geschehen, in die Arbeit bestmöglich eingebunden. Es sollen spezielle Räumlichkeiten für traumatisierte Personen, insbesondere Mädchen und Frauen, eingerichtet werden, die Schutz vor sexueller Gewalt bieten. Weiteres soll eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der GGUA und den Frauenhäusern erarbeiten. Die

Ehrenamtlichen zur Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen werden bei ihrer Arbeit bestmöglich unterstützt.

Gerade im Bereich der Jugendhilfe ist migrationssensible und interkulturelle Kompetenz wichtig, sie gilt es zu fördern. Für die Betreuung und Unterbringung (unbegleiteter) minderjähriger Flüchtlinge müssen ausreichend Plätze vorgehalten werden, dabei sind die speziellen Bedarfe zu berücksichtigen.

Geflüchtete sollen nach gesetzlichen Regelungen die Möglichkeit für Jobqualifizierungen und Sprachkurse erhalten. Die Integration steht unter der Prämisse „Fördern und Fordern“. Auch bei der Beschulung von Flüchtlingen in Münsteraner Schulen soll das dezentrale Konzept beachtet werden. Es wird darauf hingewirkt, dass ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse anerkannt werden. Hierbei sind der Bund und das Land gefragt. Wir setzen uns für Ausbildungsmöglichkeiten für Geflüchtete ein.

Projekte zur Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund werden wir weiter unterstützen.

Die Gesundheitskarte für Flüchtlinge wollen wir verstetigen und gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens vor Ort die Gesundheitsvorsorge von Geflüchteten und Menschen ohne Papiere weiter verbessern.

7. Münsteraner Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen

Die Gewerbeflächenentwicklung ist eine der wichtigsten Aufgaben städtischer Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. In einer wachsenden Stadt müssen auch neue Arbeitsmöglichkeiten entstehen können. Münster braucht ein langfristiges Konzept zur Gewerbeflächenentwicklung mit Berücksichtigung des Landschaftsschutzes, um bestehenden wie zukünftigen Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Eine bedarfsgerechte Ausstattung der Stadtteile mit Gewerbeflächen ist sicher zu stellen.

Bei der Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben soll nach Möglichkeit eine hohe Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen werden. Bei Neuansiedlungen von Gewerbebetrieben soll stets auch für die Beschäftigung von benachteiligten Menschen geworben werden.

Um den Flächenverbrauch für das Parken in Gewerbegebieten zu reduzieren, werden wir die Möglichkeit der Herrichtung von Gewerbegebietsgemeinschafts-Parkhäusern prüfen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Stadt soll noch enger geknüpft werden. Münster als bedeutender Hochschulstandort braucht eine Förderung der zukunftsfähigen Wirtschaftsbereiche wie Gesundheits-, Nano- oder Batterieforschung. Dazu gehört auch die ideelle, finanzielle und strukturelle Förderung für junge Unternehmerinnen und Unternehmer (z.B. Projekt Gründergaragen).

Die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung Münster und des Münsteraner Jobcenters wollen wir intensivieren.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken, das heißt für uns bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung, auch in den Randzeiten.

CDU und Grüne unterstützen die Gewerbevereine in den Stadtteilen. Die Münsteraner Innenstadt wird von CDU und Grünen als „Einkaufsstadt“ weiterentwickelt; dabei soll ein fußläufiges Einkaufen in den Quartieren und den Ortsteilen gestärkt werden. Der Onlinehandel im Internet ist neben dem Verdrängungswettbewerb durch Ketten für den klassischen Einzelhandel eine große Herausforderung. Die Händler in den Innenstädten können nur mit Service und Erlebnis bestehen. Einkaufen in der Wirklichkeit wird immer mehr zu Shopping, Begegnung und Beratung, Kaffee und Kauflaune sind die Konzepte mit Erfolg. Diese Stärken kann der stationäre Einzelhandel nur ausspielen, wenn die Menschen Zeit haben. Die Bündnispartner unterstützen den Handel durch die Freigabe verkaufsoffener Sonntage im Rahmen des Ladenöffnungsgesetzes NRW.

Durch einen Mix aus Bildung, Qualifizierung und Unterstützung, unter anderem durch die Stärkung des Jobcenters als aktiver Partner der kommunalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, wollen CDU und Grüne bisher nicht genutzte Fachkräftepotenziale mobilisieren.

CDU und Grüne unterstützen das Konzept der Fair-Trade-Town Münster. Dieses soll im Zuge der stadtweiten Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickelt werden

Das Förderprogramm Altbausanierung inklusive Heizungserneuerung wollen wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten aufstocken, da es zugleich eine regionale Wirtschaftsförderung bedeutet.

8. Verkehr: Münster bewegen

Für neue Haltepunkte für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV), z. B. in Mecklenbeck, Mauritz und in Berg Fidel, werden wir uns weiter einsetzen. Die schnelle Reaktivierung der WLE bis Gremmendorf unterstützen wir.

Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver und schneller machen, um den Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen zu erhöhen. Bei der Verkehrsplanung sollen die Belange des ÖPNV gestärkt werden. Hierzu setzen wir auf Bussonderspuren und bessere Taktungen. Der Nahverkehrsplan (NVP) soll evaluiert werden, hierzu erstellt die Verwaltung einen jährlichen Bericht. Wir wollen gemeinsam mit dem Handel ein Konzept entwickeln, wie das Busfahren an verkehrsstarken Einkaufstagen vergünstigt angeboten werden kann.

Eine Rückeingliederung des Stadtwerke-Busbetriebs VSM in die Stadtwerke Münster GmbH soll geprüft werden.

Die Bündnispartner wollen den Anteil des Radverkehrs am Modal Split von 40 auf 50 Prozent steigern. Neben baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit setzen wir uns in Absprache mit dem Handel für ein Pilotprojekt ein (Vorschlag: Hammer Straße).

Velorouten zur besseren und schnelleren Verbindung zwischen Münster und den Nachbargemeinden werden vorangebracht. Mindestens ein Modellprojekt wird bis 2020

umgesetzt. Die Parkmöglichkeiten für Fahrräder insbesondere in der Innenstadt sollen verbessert werden. Dazu zählt auch das zweite Fahrradparkhaus auf der Bahnhofsostseite mit 2.000 Stellplätzen.

Der von uns initiierte Runde Tisch zum Radverkehr wird unter Einbezug aller am Modal Split Beteiligten ein neues Radprogramm 2025 erarbeiten, damit Münster auch nach wie vor mit Recht den Titel Fahrradhauptstadt Deutschlands tragen kann. In Zusammenarbeit mit ansässigen Firmen soll es einen Modellversuch zur Einführung von Bike-Sharing geben.

Wir werden den weiteren Ausbau von Radstraßen nach einer von uns aktualisierten Prioritätenliste forcieren.

Wir setzen uns für mehr Elektromobilität in Münster ein, z.B. für weitere Ladestationen. Neben den reinen E-Bussen sollen auch Busse mit Wasserstoffantrieb getestet werden.

Die Bedeutung des FMO als Internationaler Flughafen mit europäischer Ausrichtung ist unbestritten; für eine Verlängerung der Startbahn für den interkontinentalen Flugverkehr wird in dieser Wahlperiode keine Grundlage gesehen. Wir erwarten von der Geschäftsführung ein Konzept, wie der FMO wirtschaftlich gesunden kann.

Mit der Verabschiedung des Lärmaktionsplanes wollen CDU und Grüne diverse Maßnahmen anstoßen, wie z.B. die Einführung von Tempo 30 in klar begrenzten Bereichen der Innenstadt als Modellprojekt. Dazu soll die Verwaltung bis zum Ende des Jahres konkret umsetzbare Maßnahmen vorschlagen. Zudem unterstützen wir die lärmgeplagten Bürgerinnen und Bürger in ihren Bemühungen um Lärmschutz (A 1, B 51) bei den Landes- und Bundesbehörden.

Darüber hinaus ist die Festsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit eine Aufgabe der Straßenverkehrsbehörde und erfolgt unter Verkehrssicherheitsaspekten.

Quartiersbezogene Verkehrsentwicklungskonzepte, z.B. in Hilstrup, in Mauritz und in Mecklenbeck werden wir erarbeiten lassen. Die Ausweitung von Car Sharing-Angeboten sowie weitere Modellprojekte für autofreies Wohnen sollen bei der Planung neuer Baugebiete, z. B. in den ehem. Kasernen, Berücksichtigung finden. Es soll ein neues P & R-Konzept erarbeitet werden, welches die aktuellen Verkehrsströme in der Woche und an Wochenenden als Grundlage aufnimmt.

Wir bemühen uns, in Gesprächen mit dem Land eine Verkehrsentlastung in Roxel zu erreichen. Unser Ziel ist eine Verkehrsentlastung für Roxel.

Zur weiteren Steigerung der Verkehrssicherheit wird der AK Verkehrssicherheit reaktiviert.

9. Münsteraner Gerechtigkeit erhöhen und faire Arbeit für Alle

Das Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung wird gesteigert, um Langzeitleistungsbeziehenden eine berufliche Perspektive zu ermöglichen. Es wird versucht, 15 bis 20 Plätze p.a. mehr zu schaffen.

Um auf dem Arbeitsmarkt schwierig zu vermittelnde Menschen dennoch eine Integration zu ermöglichen, werden Qualifizierungsangebote des Jobcenters zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt verstärkt angeboten.

Unter Beteiligung der freien Träger sowie der Wirtschaft soll ein kommunales Steuerungsgremium als Dachorganisation aufgebaut werden, um die Aktivitäten des Jobcenters zu bündeln.

Das Jobcenter soll kundenfreundlicher werden, die Arbeit geschieht für die Bürger und die Politik nach transparenten Richtlinien. Die Sanktionsquote beim Jobcenter soll so gering wie eben möglich gehalten werden. Die Ombudsstelle des Jobcenters als Sozialrat bleibt erhalten und wird inhaltlich weiter unterstützt.

Wir werden uns dafür einsetzen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (BMmB) am regulären Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir werden uns für eine integrierte Berichterstattung zur beruflichen Teilhabe einsetzen. Strategisches Ziel der Bündnispartner ist es, diese Quote von der derzeit sechs Prozent auf sieben Prozent zu erhöhen.

Wir setzen uns für eine Modernisierung der Pflegeinfrastruktur ein und wollen hier auch darauf hinwirken, dass sich die Pflegeheime zum Quartier hin öffnen (z.B. als Nachbarschaftstreffe). Generationsübergreifendes Wohnen und neue Wohn- und Pflegeformen werden ebenso unterstützt wie die Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes gegen Wohnungslosigkeit. Die Wohn- und Pflegeberatung wird dementsprechend gestärkt und der Aufbau von Quartiersstützpunkten unterstützt.

Die Psychosoziale Versorgung von Seniorinnen und Senioren wird unterstützt und vorangetrieben.

Das Handlungsprogramm gegen Altersarmut, Vereinsamung und soziale Isolation wird verstetigt und mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, der Selbsthilfe, Stadtteil- und Nachbarschaftsinitiativen weiterentwickelt. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau des betreuten Wohnens ein.

Der Münster Pass wird gesichert und zeitgemäß weiterentwickelt. Die Leistungen werden überprüft, ggf. angepasst und weiter ausgebaut. Dies schließt auch das Engagement von Privaten mit ein. Eine Ausweitung der Vergaberichtlinien geschieht nicht.

Wir werden den Aktionsplan „Münster auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ unter Beteiligung der Kommission zur Förderung der Inklusion (KIB) bis 2020 umsetzen und die Arbeit der Behindertenbeauftragten stärken.

Das begonnene Programm Soziale Stadt im Ortsteil Kinderhaus wird weitergeführt und mit dem Aspekt des Quartierskonzeptes verbunden. Hierbei wird eine Finanzierung durch Landesmittel angestrebt, Ko-Finanzierungen wie z.B. ESF-Mittel oder weitere Landesmittel müssen stärker genutzt werden („Starke Quartiere – starke Menschen“ etc.).

Das Programm zur Umsetzung des Aktionsplans Inklusion wird sukzessiv bis 2020 umgesetzt.

Eine Einführung des Ehrenamtpasses wird begrüßt und die Möglichkeiten geprüft. Genaue Vergaberichtlinien werden im Rahmen der Verwaltungsvorlage abgestimmt.

Kommunale Gesundheitsangebote auf dem Gebiet der Prävention sowie der Gesundheitshilfe wollen wir, u.a. durch die Arbeit der Gesundheitskonferenz, stärken. Ebenso wollen wir die Gesundheitsversorgung für Menschen in prekären Lebenslagen (z.B. Wohnungslose) verbessern und für Menschen mit Behinderungen den Zugang zu den Gesundheitsangeboten barrierefreier gestalten. Das Hebammenwesen in der Stadt Münster soll weiter erhalten bleiben.

Die freien Hilfen (v.a. Selbsthilfe, Aids-Hilfe, Krebs-Hilfe, Krisen-Hilfe, Betreuungsvereine) werden in ihrer Arbeit weiter unterstützt.

Die Arbeit des Seniorenrates wird weiter unterstützt.

„Peer to peer“ soll als Grundsatz in die Arbeit der Selbsthilfegruppen und Beratung mit einfließen. Dies soll auch im Rahmen der KIB und der Gesundheitskonferenz beraten werden.

Wir werden die Anti-Stigma-Arbeit trägerübergreifend ausbauen. Dabei ist uns die Einbeziehung von Betroffenen, von Psychiatrieerfahrenen und Angehörigen wichtig. Ebenso werden wir die Psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen weiter stärken und in Kooperation mit Jugendhilfe, Schule und Sozialraum weiter fördern.

Wir werden die Arbeit der Drogen- und Suchthilfe in Münster sichern und den Ausbau insbesondere zielgruppenspezifischer, aufsuchender Hilfen sowie geschlechtergerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote befördern.

Wir werden gemeinsam mit den Fachleuten eine kommunale Suchthilfeplanung in Münster einrichten, mit der die Angebote der Drogen- und Suchthilfe in Münster gesteuert und an aktuelle Bedarfe angepasst werden können. Darüber hinaus werden wir auch die Themenfelder Alkoholsucht, Sucht im Alter, die nicht stoffgebundenen Süchte wie Spielsucht, Online-Sucht stärker in den Fokus nehmen.

Die bereits im Rat beschlossene Fachkonferenz zum Antrag über ein bundesweites Modellprojekt zur kontrollierten Vergabe von Cannabis wird gemeinsam vorbereitet und durchgeführt.

10. Münsteraner Sportlandschaft bewegen

Die wachsende Stadt bedingt auch das Wachstum der sportlichen Infrastruktur. Daher weisen die Bündnispartner in stark wachsenden Stadtteilen neue Sportflächen aus. Gerade im Bereich der Konversionsflächen ist die Stadt besonders gefordert, Sport- und Bewegungsflächen zu schaffen. Dies gilt für die Erweiterung von vereinsgebundenem Sport sowie die Schaffung von Flächen für den vereinsungebundenen Sport.

Sobald nach Abschluss des laufenden Bebauungsplanverfahrens belastbare Zahlen vom Verein Preußen Münster vorliegen, werden die Bündnispartner die Renovierung des Stadions an der Hammer Straße voranbringen. CDU und Grüne präferieren ein auch vom Verein angestrebtes Modell, mit dem der Verein die städtischen Investitionen über einen jährlichen Mietzins zurückzahlt. Der Nutzungsvertrag ist in diesem Zusammenhang auch hinsichtlich der Energiekosten zu überarbeiten.

Die Turnhalle der Erich-Klausener-Realschule wird als Zweifach-Sporthalle gebaut.

Wir machen uns stark für ein neues Bäderkonzept, in dem ein neues Südbad und das Bürgerbad in Handorf bis 2020 feste Bestandteile sind. Hierzu gehört die Verlegung des Bürgerbads Handorf in Zusammenhang mit der Verlagerung der Sportanlage des TSV Handorf. Dies geschieht unter Beteiligung der betroffenen Vereine.

Die Öffnungszeiten des Freibads Coburg werden zur Attraktivitätssteigerung ausgebaut. Mehrkosten werden ggf. durch die Kommune getragen. Es wird ergebnisoffen geprüft, ob eine Fernwärmeversorgung auch für die städtischen Freibäder (Stapelskotten / Hilstrup) in Frage kommt. Hierbei wird das Coburg-Bad als Pilotprojekt genau beobachtet.

Die Vergabe von Geldern aus dem 2,5 Mio. € Topf des Sportamtes wird transparenter gestaltet, es wird eine Ausgaben- bzw. Aufgabenkritik ebenso durchgeführt, wie eine genauere Gliederung der Vergabekriterien. Die Maßnahmen des SV91-Sudmühle bleiben in dem 2,5 Mio. € Topf des Sportausschusses.

Die Bündnispartner unterstützen den Verein Münster 08 bei seinen Bestrebungen für den Bau eines neuen Vereinsheims. Die max. Fördersumme beträgt 500T €, welche in drei Tranchen in die Haushaltsjahre 2017/18/19 aufgeteilt wird (aus dem 2,5 Mio.-Topf).

Die Vereine USC und UBC sind beides wichtige Akteure in der Münsteraner Sportlandschaft, eine entsprechende professionelle Hallennutzung muss für die Vereine möglich sein. Die Sanierung der Halle ist derzeit noch nicht auf der Prioritätenliste der Verwaltung, dies werden wir ändern. Eine kommerzielle Namens-Vergabe der Halle „Berg-Fidel“ wird unterstützt.

Der Ruderverein wird beim Umzug von der Bennostraße zum Hill-Speicher, zur gemeinsamen Nutzung, mit der Kulturinitiative unterstützt.

11. Münsteraner Kulturlandschaft beflügeln

Wir wollen die konzeptionelle Weiterentwicklung der einzelnen Kultursparten vorantreiben und sie den modernen Anforderungen anpassen. Reformbedarfe und –ziele sollen in öffentlichen Diskursformaten mit den betroffenen lokalen Akteuren und im Lichte der Erfahrungen aus anderen Städten eruiert werden. Für die Erzielung konkreter und struktureller Reformergebnisse ist zudem die Hinzuziehung externer Expertisen zielführend.

In der wachsenden Stadt muss auch die kulturelle Finanzausstattung mitwachsen.

Um einen kreativen Nährboden zu ermöglichen, aus dem Spitzenleistungen erwachsen können, braucht es ein abgestimmtes Förderinstrumentarium für die jeweiligen Kulturbereiche. Ein solches Fördersystem muss flexibel, transparent und auch mutig sein. Um Neues zu ermöglichen, muss auch Altes, Gewachsenes regelmäßig auf den Prüfstand.

Der erwirtschaftete Kostendeckungsgrad des städtischen Theater Münster soll erhöht werden. Mögliche Instrumente können u.a. höhere Eintrittspreise bei sozialverträglicher Staffelung sein. Auch soll der Wunsch von freien Kulturträgern nach mehr Gastspielmöglichkeiten im Theater ermöglicht werden. Dadurch können die Öffnung in die Stadtgesellschaft gestärkt und zudem zusätzliche Einnahmen generiert werden.

Das Wolfgang-Borchert-Theater wird in seiner weit über Münsters Stadtgrenzen hinaus anerkannten Arbeit angemessen unterstützt.

Die Kreativ-Wirtschaft ist ein Wirtschaftszweig mit großem Wachstumspotential für Münster. Es soll geprüft werden, wie die Wirtschaftsförderung diesen noch stärker

unterstützen kann. Junge Absolventinnen und Absolventen der zahlreichen kreativen Studiengänge in Münster sollen beim Start ins Berufsleben unterstützt und damit möglichst in Münster gehalten werden. Daher setzen wir uns etwa im Hill-Speicher am Hafen für eine spannende, gleichberechtigte duale Nutzung beider Träger von junger Kreativwirtschaft und Rudersport ein.

Wir setzen uns für kreative Freiräume ein. Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten für Orchester, Theatergruppen, Bands und andere freie Gruppen sollen erhalten und geschaffen werden. Daher begrüßen wir beispielsweise das Anliegen des Hawerkamp-Vereins, das ehemalige Pebüso-Gebäude für kulturelle Zwecke zu nutzen. Ebenfalls halten wir die Idee für prüfenswert, ein Festivalgelände in unmittelbarer Nähe zum Hawerkamp zu ermöglichen.

Beiden Bündnispartnern ist die freie Szene ein besonderes Anliegen, ihre Unterstützung gilt es auszubauen. Schwerpunkte in der weiteren Stärkung sind hierbei die freien Projektmittel und die Nachwuchsförderung.

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten verbessern und wollen dafür die große integrative Kraft von Kunst und Kultur nutzen. Wir begrüßen daher entsprechende niedrigschwellige und einladende Initiativen von Kulturschaffenden und werden die weiteren Best-Practice-Vorschläge der Verwaltung dazu positiv begleiten.

Die Angebotspalette des Münster-Passes soll im Kulturbereich kontinuierlich weiterentwickelt werden. Es soll geprüft werden, inwieweit die Erteilung von Fördermitteln an die Gewährung entsprechender Vergünstigungen geknüpft werden kann.

Wir unterstützen die Skulptur Projekte 2017 und freuen uns darauf, wenn die Welt bei uns zu Gast ist, um sich mit Kunst im öffentlichen Raum auf höchstem Niveau auseinanderzusetzen.

Die Clemenskirche ist ein herausragendes kunsthistorisches Gebäude Münsters und wird mit ihrer heutigen Nutzung fortgeführt.

Die Dominikanerkirche wird profaniert und einer würdigen Nachnutzung zugeführt.

12. Münsteraner Gleichstellungspolitik weiterentwickeln

Die Europäische Charta der Gleichstellung auf lokaler Ebene wird sukzessiv umgesetzt und von den zuständigen Gremien positiv begleitet.

Die nachhaltige Sicherung der Finanzierung der Frauenhäuser ist CDU und Grüne ein wichtiges Anliegen, ebenso wie die Verlagerung des Frauenhauses Wolbeck inklusiv der dafür angemessenen Finanzierung.

Verstetigung einer bedarfsgerechten finanziellen Förderung der Frauenberatungsstellen und Frauenprojekte zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Unterstützung von Beratungstätigkeiten und Projekten für Männer und Jungen. Dazu zählen insbesondere männerspezifische Angebote zu Gesundheit und Gewaltprävention sowie die Attraktivierung von Berufsfeldern für Männer, in denen diese bisher unterrepräsentiert sind.

Verstetigung einer bedarfsgerechten finanziellen Förderung der Beratung und Begleitung von Frauen und Männer in Minijobs oder gering qualifizierter Beschäftigung, Arbeitslose und Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger sowie Personen in Existenzgründungen. Dazu zählen auch spezifische Angebote für Frauen. Der Anteil von Minijobs bei der Stadtverwaltung wird einer kritischen Prüfung unterzogen.

Das Instrument des „Gender-Budgeting“ wird für den städtischen Haushalt weiter angewandt. Bei Anträgen von finanziellen Auswirkungen wird nach Möglichkeit und bei Notwendigkeit die jeweilige Auswirkung für Frauen und Männer aufgeschlüsselt. Dazu soll bis zum Herbst 2016 ein Machbarkeitsbericht erfolgen

Sicherstellung der Street-Work-Beratung für Prostituierte durch Verstetigung der finanziellen Förderung für das Projekt „Marischa“.

Eine neue Konzeption des „Gleichstellungsbüros“ wird erarbeitet.

Der Projektfördertopf für Frauen und Männer im Gleichstellungsausschuss wird zusammengelegt und mit neuen Vergabekriterien entwickelt.

Öffentliche Ehrungen der Stadt sollen Frauen stärker als bisher berücksichtigen.

13. Sicherheit und Ordnung – Faires Miteinander im öffentlichen Raum

Der Zusammenhalt der Stadtgesellschaft ist abhängig von gegenseitigem Respekt und der Toleranz der Menschen, die in dieser Stadt leben.

Der kommunale Ordnungsdienst ist notwendig, um die Wahrnehmung wichtiger Aufgaben der Stadtgesellschaft in den Bereichen Sicherheit und Ordnung sicherzustellen. Dabei geht es auch darum, dass subjektive und objektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken

Die Attraktivität der Innenstadt lebt nicht zuletzt auch von der Innen- und Außengastronomie. Wir setzen uns für einen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Gastronomie und denen der Anwohnerinnen und Anwohner ein.

Der Aasee und die Promenade sind attraktive Aufenthaltsorte für viele Menschen in unserer Stadt. Insbesondere in den Sommermonaten werden diese Orte verstärkt aufgesucht

CDU und Grüne wollen diese Orte hoher Lebensqualität für die ganze Stadtgesellschaft sichern und streben einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen an. Primär setzen wir dabei auf die Selbstverantwortung der Münsteranerinnen und Münsteraner. Der Ausbau des Müllentsorgungskonzeptes ist vorrangig.

Eine weitere Visitenkarte Münsters ist der Bahnhofsbereich. Durch den Umbau und verschiedene Reinigungsaktionen hat sich die Situation dort verbessert. Durch eine Schwerpunktsetzung beim Ordnungsdienst wollen wir die Parksituation dort verbessern, aber auch das Sicherheitsgefühl der Reisenden und Anwohner stärken.

14. Personal

Die Verwaltung soll eine verstärkte Aufgabenkritik betreiben, dies gilt auch für die Zuschnitte der Dezernate. Leistungen der Verwaltung werden ebenfalls auf den Prüfstand gestellt. Die Verwaltungsstruktur werden wir strukturell optimieren und damit effizienter machen. Durch eine Optimierung der Organisation innerhalb der Dezernate sollen die Effektivität und Effizienz der Verwaltung bei der Stadt Münster sowie deren Töchter erhöht werden.

Die Bündnispartner forcieren einen Stellenbewirtschaftungsplan mit strategischer Ausrichtung für die nächsten fünf Jahre. Die Prognose der Haushaltsbelastung durch Altersvorsorgeaufwendung soll dabei einen weiteren Schwerpunkt bilden. Die Bündnispartner sind sich den Herausforderungen einer wachsenden Stadt bewusst. Dies gilt vor allem für die personelle Ausstattung der Verwaltung.

CDU und Grüne werden die Verwaltung beauftragen, nach zuvor festgelegten Kriterien die Entfristung von Stellen zu prüfen.

Die bis 2020 anstehenden Entscheidungen im Rat über kommunale Wahlbeamte regeln CDU und Grüne im Einvernehmen. Die CDU hat das Vorschlagsrecht für die Position Stadtdirektor und die Position Stadtbaurat, die Grünen haben das Vorschlagsrecht für die Position Kämmerer. CDU und Grüne einigen sich im Benehmen mit dem bisherigen Amtsinhaber der Position Stadtdirektor/Stadtbaurat, ihm eine neue Verwendung im Konzern Stadt Münster anzutragen.

15. Münster multimedial: Münster modern ausrichten

Für Fragen der digitalen Zukunft werden wir in einem Forum „Digitale Zukunft für Münster“ nach dem Vorbild des Projekts „Lokale Agenda“ durchführen um eine breite Diskussion innerhalb der münsterschen Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Wir setzen uns schnellstmöglich für einen flächendeckenden WLAN-Ausbau an den Münsteraner Schulen ein.

Um die Bürgerfreundlichkeit weiter voranzubringen, werden wir den Ausbau des eGovernments fördern. Alle kommunalen Informationen müssen allen Münsteranerinnen und Münsteranern schnell und komplett digital zur Verfügung gestellt werden. Das Web bietet Bürgerinnen und Bürgern völlig neue Möglichkeiten der politischen Partizipation.

Der Ausbau von Breitbandanschlüssen wird in Münster weiter vorangetrieben. Dies gilt im Besonderen für den Glasfaserausbau in Neubau- und Gewerbegebieten. Münster muss Wissen und Engagement in Sachen eGovernment mobilisieren.

Der Freifunk in Münster soll nach rechtlicher Prüfung unterstützt werden. Der Stadtbezirk Hiltrup spielt dabei eine Vorreiterrolle.

Zum Zweck der Kosteneinsparung und zur Steigerung der Unabhängigkeit von einzelnen Softwareherstellern setzen wir uns dafür ein, die Verwendung von OpenSource Software in den Schulen, Bildungseinrichtungen und der Verwaltung der Stadt Münster voran zu treiben.

Es wird überprüft, wie die Effizienz und Effektivität der Leistungserbringung durch die Citeq erhöht werden kann.

16. Regelungen für die Zusammenarbeit im Bündnis

CDU und Grüne tragen für die gesamte Politik des Bündnisses mindestens bis zum Ende der Wahlperiode 2020 gemeinsam Verantwortung. CDU und Grüne verpflichten sich, die gemeinsam vereinbarten Ziele und Vorhaben in dieser Wahlperiode umzusetzen.

Das Ziel ist eine pragmatische und lösungsorientierte Politik. Für gesamtstädtisch herausragende Vorhaben sollen breite politische Mehrheiten gesucht werden. Angesichts der angespannten haushaltspolitischen Lage steht die Umsetzung aller vereinbarten Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt.

Wechselnde Mehrheiten sind grundsätzlich ausgeschlossen. Dies gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind.

Gegenstände, die nicht ausdrücklich in der Bündnisvereinbarung geregelt sind, werden im Vorfeld anstehender Entscheidungen zwischen den Bündnispartnern beraten und ein Verhalten im gegenseitigen Einvernehmen abgestimmt.

CDU und Grüne bilden ein Koordinierungsgremium, um sich regelmäßig zur Abstimmung ihrer Ziele im Bündnisausschuss zu beraten. Der gemeinsame Ausschuss berät sich vor entscheidenden Fraktionssitzungen sowie den Ratssitzungen. Darüber hinaus trifft er sich auf Wunsch eines Bündnispartners.

Stefan Weber
CDU-Fraktionsvorsitzender
und Fraktion

Otto Reiners
GAL-Fraktionssprecher
und Fraktion

Josef Rickfelder
Parteivorsitzender

Julia Delvenne
Vorstandssprecherin

